Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Florian von Brunn
Abg. Dr. Gerhard Hopp
Abg. Martin Böhm
Abg. Ulrike Müller
Abg. Benjamin Adjei
Abg. Wolfgang Fackler
Abg. Kerstin Celina
Abg. Ruth Müller
Abg. Andreas Kaufmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion "Europa in Gefahr: Bayerns Zukunft liegt in einer demokratischen und sozialen EU!"

Für die heutige Sitzung ist die SPD-Fraktion vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. Der erste Redner hat sich schon zum Rednerpult begeben. Es ist der Kollege Florian von Brunn, dem ich das Wort erteile.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Uli Bachmeier!

(Heiterkeit)

Europa ist wunderbar. Wir haben so unglaublich viel auf diesem Kontinent erreicht. Wo sonst in der Welt haben sich Staaten zusammengeschlossen, die vorher über Jahrhunderte erbittert Krieg gegeneinander geführt haben? Dieses Europa ist aber heute in Gefahr, denn es gibt Kräfte, die Europa zerstören wollen. Ich sage Ihnen auch, wer das ist. Es sind die Rechtsextremen, und es ist Russland.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Putin hat die Ukraine überfallen. Er bedroht uns. Und Höcke hat es offen gesagt: Europa soll sterben. Im Wahlprogramm der AfD steht es schwarz auf weiß: Sie wollen die Europäische Union zerstören. Die Rechtsextremen wollen kaputt machen, was Generationen mühsam erkämpft haben. Sie wollen keine offenen Grenzen, keine Reisefreiheit, keine Freiheit, zu leben, zu arbeiten oder zu studieren, wo man will. Sie wollen zurück in den dumpfen Nationalismus der Vergangenheit. AfD und Co. hassen das bunte, freie und vielfältige Europa. Sie wollen wieder Gleichschritt in Feldgrau.

Wir, die SPD, haben schon 1925 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Wir waren schon für Europa, als die Vorläufer der Rechtsextremen noch braune Uniformen getragen haben, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hassen die Freiheit und die Demokratie so sehr, dass Sie sogar mit Russland paktieren wollen. Auch das ist im AfD-Programm nachzulesen. Sie nehmen Geld und Geschenke aus Putins Dunstkreis. Während die unsere Werte verraten, werden wir diese Werte verteidigen. Wir stehen ein für das Europa der Freiheit und der Demokratie,

(Widerspruch bei der AfD)

so, wie wir es immer in unserer Geschichte getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Die AfD will Europa auch wirtschaftlich zerstören.

(Lachen bei der AfD)

Auch das kann man in ihrem Programm nachlesen. Sie wollen Millionen Menschen deportieren. Diese Menschen sind nicht nur unsere Freundinnen und Freunde und Kollegen, sondern auch unverzichtbar als Arbeitskräfte.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Und Messerstecher!)

Sie wollen die EU und den Euro abschaffen. Der Brexit ist für Sie das große Vorbild. Im Brexit-Land Großbritannien kann man die Folgen davon sehen. Heute wünscht sich dort eine große Mehrheit die EU zurück, und das ist kein Wunder, weil der Brexit zu wirtschaftlichem Niedergang geführt hat. Nach dem Brexit brach die Versorgung ein. Sogar Gemüse und Benzin wurden knapp. Heute herrschen in Großbritannien Arbeitslosigkeit und Inflation gleichzeitig.

(Zurufe von der AfD)

Deutschlands und Bayerns Wirtschaft lebt vom Export. Unsere guten Arbeitsplätze hängen davon ab. Was die AfD will, das wäre der Ruin für Deutschland und Bayern. Deswegen heißt AfD nichts anderes als "Armut für Deutschland" oder, noch treffender, "Albtraum für Deutschland".

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Aber die Menschen sind nicht so dumm, wie Sie glauben. Sie haben keine Lust, im Stau vor dem Schlagbaum zu stehen, und sie sägen nicht an dem Ast, auf dem sie sitzen. Denn wir brauchen in Europa genau das Gegenteil. Wir müssen in die Zukunft investieren und für soziale Sicherheit sorgen. Wir brauchen ein Europa mit fairen Löhnen, mit guter Bildung für alle Kinder und mit guten Renten. Denn nur ein soziales Europa bringt Wohlstand für alle.

(Beifall bei der SPD)

Politik für die Zukunft zu machen, verlangt übrigens auch Mut zum Klimaschutz. Die AfD leugnet die Klimaerhitzung. Sie ist also auch gegen eine gute Zukunft für unsere Kinder. Es gibt aber keinen Fortschritt ohne Klimaschutz und Energiewende. Die Zukunft liegt in erneuerbarer Energie, nicht in der Atomkraft. Portugal macht es gerade vor: Es erzeugt fast seinen gesamten Strom mit erneuerbarer Energie und hat deswegen die niedrigsten Strompreise in ganz Europa.

Die Zukunft liegt auch im E-Auto, nicht im Verbrenner, und in einem guten öffentlichen Verkehr in Europa. Deshalb wollen wir als SPD auch ein Europa-Ticket für junge Leute sowie das 49-Euro-Ticket in Deutschland. Wir wollen mehr und nicht weniger Reisefreiheit in Europa.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Nein, Herr Söder, nein, liebe CSU, von Frau Meloni in Italien kann man nichts lernen; nichts bezüglich Atomkraft, nichts bezüglich Autos und auch nichts bezüglich Albanien.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie von der CSU haben schon mal Herrn Orbán hofiert und gefeiert. Wiederholen Sie diesen Fehler nicht, lernen Sie daraus. Wackeln Sie rechts bitte nicht! Wer ein fortschrittliches und soziales Europa will, der kann nicht mit rechten Europafeinden zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Demokratie in Europa braucht auch die Konservativen, Herr Herrmann, für die Brandmauer gegen Rechts. Das sollten Sie aus der Geschichte gelernt haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion. Er spricht zehn Minuten.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir häufig dazu neigen, sehr oberflächlich und abstrakt über Europa zu sprechen, möchte ich mit etwas Persönlichem beginnen: Vor etwas über einer Woche durfte ich am Grenzübergang in Furth im Wald sein und persönlich dort stehen, wo wir alle miteinander über Jahrzehnte Trennung erlebt haben. Ich durfte auf dem grünen Grenzübergang stehen, wo vor einigen Jahrzehnten noch Grenzsoldaten, Mauern und Maschendrahtzaun Länder und Menschen getrennt haben. Ich durfte genau an diesem Ort und dieser Stelle Menschen aus Tschechien treffen, die in den letzten zwanzig Jahren in der EU, in den letzten dreißig Jahren mitten in Europa Nachbarn, Freunde und Partner geworden sind. Ich durfte mit ihnen auf eine europäische Freundschaft anstoßen, die sich unsere Vorgänger-Generationen, liebe Kolleginnen und Kollegen, so wohl nie hätten träumen lassen.

Dort, wo früher tschechoslowakische Grenzsoldaten mit Maschinengewehren bewaffnet patrouillierten, sehen wir jetzt, dass Urlauber, Touristen oder auch Einheimische,

die mit dem Fahrrad oder beim Wandern unterwegs sind, nicht bedroht werden, nicht über die Grenze zurückgeschickt werden, sondern wenn sie einen Unfall haben, werden sie von tschechischen Rettungssanitätern gerettet und in ein tschechisches oder ein bayerisches Krankenhaus gebracht, wo ihnen geholfen wird. Wer hätte sich das vor dreißig, vierzig Jahren vorstellen können?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben jetzt das große Glück erlebt, in zwanzig Jahren EU, in über dreißig Jahren mit Grenzöffnung in Frieden, Freiheit, Sicherheit und auch Wohlstand leben zu können – und das nach Krieg, nach Vertreibung, nach Besatzung, nach Flucht, nach unmenschlichem Leid, das hier mitten in Europa passiert ist. Wenn man momentan in die Welt schaut, sieht man leider häufig, dass das ganz andere Folgen haben kann und dass Partnerschaft, Nachbarschaft und Freundschaft alles andere als selbstverständlich sind und für uns sein müssen. Die europäische Einigung war ein Glücksfall, war ein Konjunkturprogramm für die Grenzregionen, war aber auch ein Glücksfall für ganz Bayern und für uns als Herz Europas hier in Bayern. Wir sind die sechstgrößte Volkswirtschaft in der EU geworden, mit Vollbeschäftigung. Wir sehen, dass jeder zweite Euro bei uns mit dem Export in unsere europäischen Nachbarländer, in die Mitgliedsländer der Europäischen Union, verdient und erarbeitet wird. All das war nur möglich, weil es vor über dreißig Jahren mutige Menschen gab, weil es vor etwas über zwanzig Jahren gute Entscheidungen gab und weil es gute Rahmenbedingungen gab, die wir – und dafür stehen wir als CSU – vor allem mutig, kraftvoll und entschlossen genutzt haben,

(Beifall bei der CSU)

um hier der wirtschaftliche Motor Europas zu sein und das auch zu bleiben.

Es war für viele, auch für mich persönlich – das sage ich ganz ehrlich –, eigentlich selbstverständlich: Das läuft immer so weiter, das bleibt so, das ist so. Jetzt müssen wir feststellen, dass dieses europäische Wertegerüst, die Europäische Union und alle Vorteile, die auch schon erwähnt wurden – Freiheit, Freizügigkeit, Frieden, sozialer

Zusammenhalt, marktwirtschaftliche Entwicklung, Demokratie –, dass all das nicht mehr selbstverständlich ist, weil es herausgefordert ist, weil Europa gefordert und herausgefordert ist wie – ich glaube, man kann es so sagen – selten zuvor: im Äußeren durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, aber auch durch den Angriffskrieg gegen die Demokratien in ganz Europa, mit allen Auswirkungen auf unsere Sicherheit, Verteidigung, Wirtschaft, Energieversorgung, aber auch die Demokratie bei uns in Deutschland. Wir sehen auch Herausforderungen durch den weltweiten Klimawandel, durch Migrationsbewegungen, aber auch durch das aggressivere Auftreten größer und stärker werdender geopolitischer Akteure in der Welt.

Wir sehen, dass all diese Entwicklungen in der Welt sich vor Ort, bei uns in Deutschland und in Bayern, auswirken. Im Inneren ist unsere Demokratie herausgefordert, auch wie selten zuvor. Warum? – Weil die Feinde der Demokratie diese Unsicherheit, diese Verunsicherung der Menschen, die wir alle verstehen können, ausnutzen wollen, um durch Desinformation, durch Populismus und durch Falschinformationen aus Unsicherheit und Stimmungen dann Stimmen zu gewinnen; und das in einer Zeit, in der wir konstruktive Lösungen brauchen, damit sich Demokratien behaupten können.

Wir sehen auch hier in diesem Haus – wir erleben es ja jeden Tag –, dass hier mit ganz einfachen Lösungen gearbeitet wird, mit verheerenden Lösungen: Austritt aus der NATO, in einer Zeit, in der unsere Sicherheit angegriffen wird; Austritt aus der EU. Der Brexit ist schon angesprochen worden, aber wir sehen auch die Auswirkungen des Brexit.Tschechien hat übrigens mittlerweile Großbritannien als Wirtschaftspartner Bayerns überholt. Auch das hat seinen Grund im Brexit. Wir sehen viele, die leichtfertig oder fahrlässig unseren Wohlstand und unsere Sicherheit aufs Spiel setzen wollen und das tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diese Propaganda Putins nachplappert, ist alles andere als ein Patriot, der ist ein nützlicher Idiot des Kreml.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt entscheidet sich, ob und wie wir uns als Europäer bei Demokratie, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit mit Blick auf unsere Sicherheit bei diesen zentralen Herausforderungen behaupten. Wir brauchen weder ein zentralistisches, dirigistisches Europa, das alles bis ins kleinste Detail entscheidet, noch brauchen wir eine Rückkehr in nationalstaatliche Kleintuerei. Das brauchen wir nicht. Wir brauchen mehr denn je ein starkes und handlungsfähiges Europa für die großen Fragen wie Sicherheit und Verteidigung, die ich gerade erwähnt habe.

Im Bereich der Migration gab es heute eine wegweisende Entscheidung des Ministerrats, um bei dieser wichtigen Zukunftsfrage Kontrolle zu erlangen. Das Gleiche gilt mit Blick auf die Wirtschaft. An dieser Stelle geht es um die große Frage der Resilienz, der Widerstandsfähigkeit. Wo kommt der Wohlstand der Zukunft, den wir später in einem sozialen Europa verteilen wollen, denn her? Das geht nicht in einem Europa, das jetzt Schulden macht und die Zukunft auf die nächsten Generationen verlagert, meine Damen und Herren. Deshalb brauchen wir ein Europa, das neben dem Umwelt- und Klimaschutz auch die Wirtschaft im Blick hat und einen Economic Deal präsentiert und das die Menschen mitnimmt. Gerade als CSU-Fraktion sind wir davon überzeugt, dass Europa in diesen großen Fragen unsere einzige Chance ist, uns in der Welt zu behaupten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um das angehen zu können, müssen wir unsere EU besser und handlungsfähiger machen – eindeutig. Wir brauchen schnellere und nachvollziehbarere Entscheidungen, die näher bei den Menschen sind. Wir müssen neben dem großen Rahmen, den ich gerade erwähnt habe, in den vermeintlich kleinen Fragen, die viele Betriebe, Landwirte, Unternehmer und die Menschen vor Ort aber jeden Tag betreffen – Stichwort Bürokratie –, einfacher und vielleicht nicht immer mit Hundert-Prozent-Lösungen unterwegs sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum? – Die EU darf in dieser schwierigen Zeit eben nicht als Belastung wahrgenommen werden, sondern sie muss das sein, was sie für uns ist und für die CSU auch immer war und bleiben muss: die Lösung für die Fragen in unserer Zeit. Deswegen müssen wir gemeinsam mit den Menschen und für die Menschen in einem Europa der starken Regionen arbeiten. Ich habe erwähnt, dass ich aus einer Grenzregion komme. Dort ist es ganz entscheidend, die Menschen mitzunehmen, um die eigene Heimat gestalten zu können. Der alte Satz, dass Bayern unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland und Europa unsere Zukunft ist, muss gerade in den Regionen gelten, weil sie selbst vor Ort die Entscheidungen treffen müssen, was vor Ort besser entschieden werden kann. Das Thema Subsidiarität ist im Wahlkampf und für mich auch weit darüber hinaus ein sehr wichtiges Thema. In den großen Fragen muss Europa gestärkt werden, und vor Ort sollten den Menschen die Entscheidungen überlassen werden, die vor Ort auch getroffen werden können. Wenn wir die Menschen nicht dafür gewinnen, sich für dieses Europa einzusetzen, dann verliert Europa. Das wollen nur diejenigen, die Europa nicht stärken, sondern schwächen und am Schluss sogar zerstören wollen, meine Damen und Herren.

Deswegen brauchen wir ein starkes und bürgernahes Europa, das die großen Aufgaben angeht. Wir sind als Demokraten gemeinsam gefordert, die Demokratie in Europa zu verteidigen, um diese Zukunftsfähigkeit zu erhalten. Wir merken das in vielen Veranstaltungen. Wir sind mit unserem Spitzenkandidaten Manfred Weber jeden Tag unterwegs. Wir merken eines – das eint uns alle in diesem Spektrum –: Es besteht mehr Interesse denn je an Europa. Gleichzeitig tauchen auch mehr Fragezeichen als je zuvor auf: Wohin geht es mit unserem Europa? Das gilt insbesondere für diejenigen, die zum ersten Mal wählen können. Deshalb brauchen wir eine realistische und pragmatische Politik, die vor Ort verankert ist. Wir müssen die Menschen dazu bewegen, sich für Europa und für eine starke europäische Vertretung zu entscheiden. Wir als CSU haben einen klaren Kompass, den ich aufgezeigt habe. Ich glaube, die Menschen vor Ort werden das auch honorieren. Deshalb müssen wir unterstreichen: Europa muss von Beteiligung leben.

Zum Schluss möchte ich mich bei vielen bedanken, die sich in den letzten Tagen und Wochen dafür eingesetzt haben und sich auch hoffentlich in der Zukunft dafür einsetzen, dass wir ein starkes Europa und Demokratie in Europa haben. Das sind die Ehrenamtlichen, die Plakate kleben, die für Demokratie in Europa einstehen und die manches in den letzten Wochen erlebt haben, was aus Hass und Hetze entsteht. Das wollen wir alle nicht. Ich danke allen, die sich für Demokratie in Europa einsetzen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Wir von der CSU-Fraktion arbeiten daran, dass es so bleibt. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben auch zehn Minuten Zeit.

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr von Brunn, Gott sei Dank habe ich heute einen himmelblauen Anzug gewählt und muss nicht in Feldgrau vor Ihnen stehen. So viel Schmarrn hat das Hohe Haus schon lange nicht mehr ertragen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

"Europa in Gefahr" titelt unsere Sechs-Prozent-Partei vom linken Rand des Hohen Hauses, deren Vorsitzender ohne Fortune Sie sind, Herr von Brunn. Wieder einmal wird ganz bewusst Europa apostrophiert, wenn doch nur die EU gemeint ist. Diese Methode des sprachlichen Aufhübschens in manipulativer Absicht ist altbekannt. Das Wort "Europa" klingt in den Ohren der meisten eben gefälliger als nur "EU". Es ist bezeichnend, wenn sich unsere Parlamentslinken solcher Methoden bedienen müssen,

um beim Elektorat draußen überhaupt noch zu reüssieren. Tatsache aber ist: Europa ist größer, und Europa ist wesentlich älter als diese EU. Europa wird es noch geben, wenn diese EU längst nur noch als abgeschlossenes Kapitel gleichsam eine Randnotiz der Geschichtsbücher ist.

Europa in Gefahr? – Nein. Diese EU in Gefahr? – Möglicherweise. Noch profitiert sie in vielen Ländern von guten Zustimmungswerten, aber die Skepsis wächst, vor allem auch bei unseren Nachbarn in Frankreich. Dort überwiegt das negative Bild dieser EU inzwischen bei Weitem. Zu verdanken ist das nicht nur den Bauernprotesten dort, sondern auch dem gesunden nationalen Pathos unserer französischen Nachbarn.

(Beifall bei der AfD)

Einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung haben unsere souveränistischen Freunde des Rassemblement National, allen voran Jordan Bardella, den wir mit einem "Salut Jordan" von hier aus herzlich grüßen.

Das rechte Erwachen in vielen Staaten, in denen der freie Meinungskorridor weniger verengt wird als in unserer bunten Republik, lässt das wahre Europa befreundeter Vaterländer gerade neu erblühen und hinterlässt Sozialisten und Apparatschiks, die nun um ihre Brüsseler Futtertröge fürchten müssen. Das sind Tröge, die bayerische Bürger füllen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie haben ja russische Kontakte für die Tröge!)

– Russische Kontakte hatte Ihr Kanzler Schröder. Das war genau der Mann, der die russischen Kontakte gepflegt hat und heute noch pflegt. Solche unqualifizierten Zwischenbemerkungen kann man sich gut verkneifen.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Der distanziert sich wenigstens davon, das ist der Unterschied!)

Wer in der wachsenden EU-Skepsis eine Gefahr sieht, positioniert sich auf der Seite der Zentralisten. Wer es befürwortet, immer mehr Befugnisse an den Brüsseler Moloch abzutreten, zeigt damit sein fragwürdiges Demokratieverständnis.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Der Träger der Demokratie, liebe Kollegen, ist immer noch der Souverän, ist unser Staatsvolk. Wenn man das Volk schrittweise seiner souveränen Rechte beraubt, führt das zum Tod der Demokratie auf Raten. Daran tragen Sie eine große Mitverantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Welche hohle Phrase ist vor diesem Hintergrund der Titel der Aktuellen Stunde: "Bayerns Zukunft liegt in einer demokratischen und sozialen EU!"? – Das ist eine Phrase der Verschleierung. Gerade aus den Reihen der Sozen tönt es doch: Bitte mehr EU und weniger Nationalstaat!

(Florian von Brunn (SPD): Mit Demokratie und Sozialstaat können Sie nichts anfangen!)

All das ist garniert mit Abstimmungsprozessen, die die Geberländer – zuvorderst Deutschland – in Brüssel entrechten. Euch interessiert Bayerns Zukunft nicht. Unter dem Deckmantel solcher Themenstellung soll sozialistische Gleichschaltung praktiziert werden und den Tüchtigen auf unserem Kontinent immer tiefer in die Taschen gegriffen werden.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie was geraucht vor der Sitzung?)

Schon im September 1925 – ich gehe hier gerne hundert Jahre in der Geschichte zurück – hat die SPD

(Johannes Becher (GRÜNE): Dass Sie gerne in der Geschichte zurückgehen, ist uns bekannt!)

in ihrem Heidelberger Programm – das kennen Sie bestimmt –

(Widerspruch bei der SPD)

die Vereinigten Staaten von Europa gefordert, damals noch unter marxistischen Vorzeichen, heute sind die Vorzeichen kaum besser.

(Beifall bei der AfD)

So weit reicht die Wurzel des Übels in die Geschichte zurück. Wir, unsere AfD, hat von Millionen von Bürgern den Auftrag bekommen, diese Wurzel zu kappen.

(Florian von Brunn (SPD): Durch Millionen Euro aus Russland vielleicht!)

Wie diese "Heidelberger Halluzination" mit dem Demokratieprinzip vereinbar sein soll, das blieb schon 1925 offen; denn es gab damals und es gibt heute keinen europäischen Souverän; es gibt kein europäisches Volk.

(Florian von Brunn (SPD): Warum treten Sie dann bei der Wahl an?)

Bayerns Zukunft liegt in einem Deutschland, das sich nicht selbst und systematisch vom Zugpferd zur roten Laterne Europas degradiert, in einem Deutschland, das nicht auf dem Sand links-grüner ideologischer Wahnvorstellungen baut, in einem Deutschland, das nicht mit Fleiß seine industrielle Basis demontiert, anstatt seine Bürger mit kluger Steuerpolitik zu wirklichem Fleiß anzuspornen, um wieder die Spitze Europas zu erklimmen. Wachstum und Wohlstand entstehen immer nur durch Wettbewerb und nicht durch EU-Sozialleistungen. Es geht um den Wettbewerb zwischen den Staaten und einen Wettbewerb dabei, die allerbesten Konzepte für Industrie und Bürger zu entwickeln. Stattdessen werden Weltrettungsfantasien von den Kartellparteien über die EU-Bande gespielt, um dann als Verordnungen und Richtlinien wiederum bei uns aufzuschlagen. Herr von Brunn, wie soll denn eure soziale EU in der Praxis aussehen?

(Anna Rasehorn (SPD): Ihr seid eine Partei, die gar nichts macht!)

– Bürgergeld nach bundesdeutschem Standard auf dem Balkan verteilen? Ein deutscher Sozialstaat, der nicht nur wirklich Bedürftige unterstützt, sondern auch Faulenzer und Abzocker alimentiert?

(Widerspruch bei der SPD)

Welch ein großartiges Vorbild ist das für diese EU. Das alles ist verbunden mit noch mehr Transfers, noch mehr Umverteilung und noch höheren deutschen Nettobeiträgen, für die unsere bayerischen Steuerzahler bluten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Ganz abgesehen von dem damit vorgezeichneten Weg hin zur Aufweichung der Verträge zwecks dann natürlich notwendiger Vergemeinschaftung weiterer Schulden. Das erklärte Ziel der europäischen Linken ist ein Verfassungskonstrukt auf europäischer Ebene, ein neuer Anlauf zu einer europäischen Verfassung, quasi durch die Hintertür, ein Konstrukt, das ein Plebiszit entbehrlich macht, wohl wissend, dass dieses Plebiszit scheitern würde,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Machen Sie es doch nicht so kompliziert, dann versteht die AfD nichts! – Anna Rasehorn (SPD): Verfassung kennt ihr doch gar nicht!)

auch und besonders und Gott sei Dank an Deutschland. Nein, eine solche EU-Verfassung – und als ein Wegbereiter dahin ist die in dieser Aktuellen Stunde aufscheinende Agenda der SPD durchaus zu verstehen – braucht weder Bayern noch Deutschland. Wer mehr Demokratie in der EU möchte, muss sich dafür einsetzen, Kompetenzen auf die nationale Ebene zurückzuverlagern. Für Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen, tut das nur unsere Alternative für Deutschland.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Ulrike Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ihre Redezeit beträgt ebenfalls zehn Minuten.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Titel der Aktuellen Stunde "Europa in Gefahr: Bayerns Zukunft liegt in einer demokratischen und sozialen EU!" kann ich aus Sicht der FREIEN WÄHLER aus tiefster Überzeugung unterstützen. Bayern spielt in der EU als sechstgrößte Wirtschaftskraft eine wichtige Rolle. Wenn ich die letzten zehn Jahre meines Mitwirkens dort Revue passieren lasse, hätte ich mir das eine oder andere Mal im Gesetzgebungsprozess Vorschläge aus bayerischer Sicht früher gewünscht; das möchte ich tatsächlich in den nächsten Jahren besser machen.

Wir stehen aktuell an einem Wendepunkt unserer Geschichte. Europa, unser geliebter Kontinent, steht vor großen Herausforderungen. Neben der hohen Armut und einer steigenden Ungleichheit betreffen die Herausforderungen des Klimawandels, der Migration, der Digitalisierung und des demografischen Wandels alle Menschen in der EU und gehen mit weitreichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen einher. Wir müssen diese gemeinsam angehen sowie sozial und gerecht gestalten. Zudem stellen populistische und nationale Strömungen das Friedensprojekt Europa, unser Rechtsstaatlichkeitsprinzip und dessen Errungenschaften offen in Frage. Die großen ökonomischen und sozialen Unterschiede können zu einem Legitimationsverlust der EU führen und weiteren Nährboden für nationalistische Bewegungen schaffen. Es ist wichtig, dass sich auf EU-Ebene die konsequente Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der UN-Nachhaltigkeitsstrategie 2030 durchsetzt.

Beginnen wir mit dem Klimawandel: Er stellt eine der größten Bedrohungen unserer Zukunft dar, er fordert dringend Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene, um den Ausstoß der Treibhausgase zu reduzieren und unsere Umwelt zu schützen. Wir können freilich die 70 Gesetze des Green Deal, die die Kommissionspräsidentin eingebracht hat und die abgestimmt wurden, nicht verschwinden lassen, aber wir brauchen tatsächlich einen pragmatischen, zukunftsfähigen und technologieoffenen

Weg, der einerseits unsere Unternehmen nicht überfordert und andererseits uns trotzdem ans Ziel kommen lässt.

Ich komme zum Stichwort der sozialen Ungleichheit: Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu, sowohl innerhalb der Länder als auch auf europäischer Ebene. Es ist tatsächlich wichtig, Maßnahmen zu ergreifen, die die Wirtschaft stärken, die soziale Gerechtigkeit fördern und sicherstellen, dass alle unsere Bürgerinnen und Bürger auch wirklich die gleichen Chancen haben.

(Zuruf von der AfD: Dafür seid ihr verantwortlich!)

Grundsätzlich liegt aber die Sozialpolitik in den Händen der Mitgliedstaaten. Wir alle legen großen Wert auf die Subsidiarität.

Die wirtschaftlichen Herausforderungen in Europa stehen an oberster Stelle. Darunter fallen die Folgen der COVID-19-Pandemie, die Arbeitslosigkeit und die Digitalisierung, aber auch die Kosten, die anfallen, um den Aggressor gegen unsere Freunde in der Ukraine zu besiegen. Es bedarf eines gemeinsamen strategischen Handelns, um wirtschaftliche Stabilität, Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Wir brauchen auch eine europäische Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA.

Kommen wir zur Migration: Die Migration stellt natürlich eine enorme Herausforderung dar, die eine koordinierte europäische Antwort erfordert. Das zeigen knapp 330.000 Erst-Asylanträge im letzten Jahr in Deutschland. Es ist daher wichtig, Maßnahmen zu ergreifen, um die Integration von Migrantinnen und Migranten zu fördern und gleichzeitig Sicherheit und Schutz der Grenzen zu gewährleisten. Hier wurde endlich eine Mehrheit mit dem Rat gefunden. Seit 2015 ringt das Europäische Parlament um ein gemeinsames Handeln der Mitgliedstaaten; das wurde jetzt erreicht.

Populistische und nationalistische Bewegungen bedrohen die Grundwerte der Europäischen Union, einschließlich der Demokratie und der Menschenrechte. Es ist wichtig, diese Tendenzen zu bekämpfen und die europäische Einheit zu stärken. Europa

sieht sich auch geopolitischen Herausforderungen gegenüber, darunter Bedrohungen durch Terrorismus, Cyberangriffe und geopolitische Spannungen.Denken Sie an die Spionageaktivitäten Chinas und Russlands und an die Verletzungen des Luftraums baltischer Staaten. Es ist wichtig, die Sicherheit und Verteidigung Europas zu stärken und eine gemeinsame Sicherheitspolitik zu verfolgen – wohlgemerkt innerhalb der NATO.

Versorgungssouveränität ist ein weiteres Stichwort. Die Arbeit unserer Landwirte spielte eine entscheidende Rolle, als es darum ging, die Sicherung der Versorgung innerhalb und außerhalb Europas während der COVID-19-Pandemie zu gewährleisten. Es ist eine Herausforderung, die uns alle betrifft; die Abhängigkeit von externen Ressourcen nimmt zu. Wir brauchen mehr als nur Strategien; wir brauchen Lösungen.

Für uns ist ganz klar, dass die Systeme der Nahrungsmittelversorgung fragil sind. Wir haben das erkannt. Gott sei Dank konnten wir die Versorgungssicherheit während der COVID-19-Pandemie aufrechterhalten. Die Lieferketten aufrechtzuerhalten, war ein Kraftakt. Wir müssen unsere Lieferketten in Zukunft besser gegen Störungen wappnen. In unserem vereinten Europa – ich versichere Ihnen: Das ist für meine Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER der Fall – liegt Bayerns Zukunft in der demokratischen und sozialen Europäischen Union.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bayern hat im Herzen Europas eine lange Tradition mit guter Zusammenarbeit im Miteinander. Unsere Geschichte ist geprägt von kulturellem Reichtum, wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Verantwortung. Bayern liegt im Herzen Europas und befindet sich in Nachbarschaft zu Ländern wie Österreich, Schweiz, Tschechien und Italien. Seine zentrale Lage hat Bayern zu einem Knotenpunkt für Handel, Kultur und Austausch gemacht; doch die Werte, die für uns so wichtig sind, stehen auf dem Spiel.

In den Städten und Gemeinden, im Herzen unserer Gesellschaft blüht das Ehrenamt als unverzichtbare Säule des sozialen Zusammenhalts. Doch nicht nur lokal, sondern

auch auf europäischer Ebene vernetzen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger, um grenzüberschreitend Gutes zu bewirken. Die europäische Solidarität, die sich etwa in Projekten, Partnerschaften, Austauschprogrammen und Erasmus+ bewährt hat, ist über die nationalen Grenzen hinweg ein lebendiges Zeugnis für die lebendige Kraft und den Zusammenhalt der Nationen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie uns dieses Netzwerk des Engagements stärken und ausbauen, um die Zukunft Bayerns und Europas zum Wohle aller gemeinsam zu gestalten. Die Jugend in Europa spielt bei der Gestaltung der Zukunft eine entscheidende Rolle. Junge Menschen sind nicht nur Führungskräfte von morgen, sondern auch die Stimme des Wandels für Innovationen von heute.

Der Bayerische Jugendring leistet mit seinen Mitgliedern in der Europäischen Union hervorragende Arbeit. Mit seiner Plattform und seinen Austauschprogrammen innerhalb der Europäischen Union hat er gemeinsame Projekte angestoßen und will sie in Europa umsetzen. Die Akteure des Bayerischen Jugendrings sind starke Vertreter von Jugendinteressen. Ich glaube, sie spielen in grenzüberschreitenden Projekten eine herausragende Rolle. Ihnen gilt dafür mein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Europäische Union ist ein Projekt des Friedens und des Fortschritts. Sie steht vor vielfältigen Bedrohungen. Nationalismus, Populismus und Spaltung bedrohen die Grundfeste unserer Europäischen Union. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass Angst und Spaltungsbestrebungen unseren Kontinent dominieren. Lassen Sie uns der Angst und den Spaltungsbestrebungen gemeinsam entschlossen entgegentreten. Lassen Sie uns für ein Europa, das auf Zusammenhalt und Solidarität aufbaut, unsere Stimme erheben. Lassen Sie uns den Geist der Einheit, des Miteinanders leben, der uns als Europäerinnen und Europäer auszeichnet. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Stimmen der Spaltung lauter sind als die der Einheit. Wir müssen mutig sein und für unse-

re gemeinsamen Werte eintreten. Diese sind insbesondere Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit. Bayerns Zukunft liegt in einem vereinten Europa, das auf den Prinzipien der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit beruht. Die Europäische Union gewährleistet den Schutz der Menschenrechte, die Förderung der Bildung und die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Deshalb appelliere ich an Sie alle: Gehen Sie am 9. Juni 2024 wählen, gehen Sie zur Wahl über die Zukunft Europas!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat das Geburtstagskind Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Ihre Redezeit beträgt fünf Minuten.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein Kind der Neunziger. Während einst Frontlinien und Stacheldraht und später dann Mauern und Grenzposten Regionen und Länder voneinander trennten, bin ich in einem friedlichen Europa aufgewachsen. Ich kenne keine echten Grenzen zu Österreich und Tschechien. In vielen europäischen Ländern bezahle ich mit der gleichen Währung wie hier. Ich darf mich auch dort frei bewegen. Europa sorgt für Wohlstand, soziale Sicherheit, Fairness und Gerechtigkeit. Das sind europäische Werte, hinter denen wir GRÜNEN voll und ganz stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber wir stecken mitten in einer Phase der multiplen Krisen. Unsere Lebensgrundlagen werden durch die Klimakrise beeinträchtigt. Die Inflation bringt viele Familien in finanzielle Not. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine macht vielen Menschen Angst; denn es ist Krieg vor unserer Haustür. Doch bei all diesen Krisen ist Teil der EU zu sein eine Stärke.

Gerade jungen Menschen hat der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zum ersten Mal gezeigt, was Europa auch bedeutet: Zusammen sind wir stärker und wider-

standsfähiger als einzelne Nationalstaaten nur auf sich gestellt. Ein starkes und geeintes Europa stiftet Sicherheit, nach der sich weltweit viele Menschen sehnen. Dort, wo die Durchsetzungskraft einzelner Nationalstaaten endet, fängt diejenige der Europäischen Union gerade an.

Auch die Bewältigung der Klimakrise ist nicht die Aufgabe eines einzelnen Staates, sondern eine globale Aufgabe, die wir nur gemeinsam angehen können. Kein Staat kann die Klimakrise allein stoppen. Unser Ziel muss deshalb eine starke europäische Klima- und Außenpolitik sein, die mit dem Pariser Klimaschutzabkommen im Einklang steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unseren Wohlstand zu sichern und das Klima zu schützen, das sind zwei Seiten derselben Medaille. Grünes Wachstum ist am Ende der Schlüssel zur Sicherung unseres Wirtschafts- und Industriestandorts. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Erkenntnis stehen wir als GRÜNE nicht allein da. Der Inflation Reduction Act der USA ist bereits angesprochen worden. Die USA haben Bedrohungen erkannt und mit dem Inflation Reduction Act ein Rieseninvestitionsprogramm gestartet, und zwar zum Ausbau der Industrie und verstärkten Kampf gegen den Klimawandel. Sie haben mit diesem Act grandiosen Erfolg. Das müssen wir hier auch zur Kenntnis nehmen. Der Act hat sich für die USA ausgezahlt. Europa darf demgegenüber nicht ins Hintertreffen geraten. Es ist geradezu absurd, dass wir als GRÜNE gerade diejenigen sind, die dieses Prestigeobjekt von Ursula von der Leyen, den Green New Deal, verteidigen und damit das Herzstück der europäischen Klima- und Industriepolitik. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn Sie allen Ernstes dieses Herzstück rückabwickeln wollen, schaden Sie am Ende nicht nur dem Klima, sondern auch dem Wohlstand in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme nun auf die Personen zu sprechen, die mich fassungslos machen: rechte Populisten und Nationalisten, die Menschen mit Lügen und Unwahrheiten schlicht und einfach Angst machen. Sie fördern Fake News und die gesellschaftliche Spaltung, indem sie Ängste schüren, Vorurteile verstärken und Gruppen gegeneinander ausspielen. Sie sind eine Gefahr für unsere Freiheit, für unsere Demokratie, für unsere Sicherheit in Deutschland, in Bayern und in Europa. Nach langer Zeit heißt es jetzt wieder: Die Demokratie muss sich gegen die Feinde, gegen rechtsextreme Feinde, verteidigen können. Die EU sichert Frieden, sie sichert unseren Wohlstand und damit ein gutes Leben für alle Bayerinnen und Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rechtsstaatlichkeit ist in vielen Teilen Europas in Gefahr. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo vor wenigen Jahren noch Diktatoren herrschten. Sie schützt unseren Rechtsstaat. Sie garantiert, dass alle Europäerinnen und Europäer ihre Regierungen frei wählen können, und zwar von Miesbach bis nach Brüssel, von Porto bis nach Warschau.Unsere Rechtsstaatlichkeit bildet das Fundament der EU. Wenn Regierungen in einigen Mitgliedstaaten Rechte aushöhlen, indem sie beispielsweise die Unabhängigkeit der Justiz beschneiden, dann schwächen sie die Europäische Union damit ganz klar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin für mehr EU in Europa. Damit die Europäische Union eine Erfolgsgeschichte bleibt, müssen wir die Europäische Union ausbauen. Die EU darf kein exklusiver Klub mehr sein. Wir müssen anderen Staaten Beitrittsperspektiven aufzeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Europäische Union stärken, weil sie uns stärkt. Wir müssen sie verteidigen, weil sie uns verteidigt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Benjamin Adjei (GRÜNE): Es geht um nicht weniger als um unseren Frieden, unseren Wohlstand und unsere Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in dieser Aktuellen Stunde schon sehr viel über Demokratie, über eine soziale, eine faire, eine klimagerechte Europäische Union gehört. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie aber einfach mal fragen: Wie wollen wir unsere europäischen Werte eigentlich verteidigen?

Ich sage an der Stelle deshalb: Die Zukunft Bayerns liegt nicht nur in einer sozialen und demokratischen Europäischen Union, sondern eben auch in einer verteidigungsfähigen Union.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen eine umfassende Sicherheitsarchitektur in der Europäischen Union; denn eine wehrhafte Demokratie muss im Innern wie im Äußern jeden Tag aufs Neue verteidigt werden können – die Betonung liegt auf "können"; denn ohne äußere Sicherheit gibt es kein freies Leben, keinen Frieden und auch keine starke Wirtschaft. Ohne starke Wirtschaft wäre überhaupt kein Sozialstaat möglich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der ehemalige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium weiß es; die SPD hat es bisher mit keinem Wort erwähnt, aber so war das ja schon immer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage: Ja, wir müssen Europa verteidigen können, um Frieden zu sichern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Warum hat die Union die Bundeswehr dann so unterfinanziert?)

– Herr von Brunn, wir müssen deshalb jetzt eine echte Verteidigungsunion schaffen; davon haben Sie nichts gesagt. Europa muss – natürlich nicht in Konkurrenz zur NATO, sondern ergänzend und unterstützend im Sinne einer europäischen Arbeitsteilung – mehr Verantwortung in der NATO tragen und die eigenen militärischen Fähigkeiten ausbauen.

Wir brauchen dafür vor allem eine in sich geschlossene Europäische Union. Europa darf nicht übermütig sein, die EU darf nicht selbstgefällig sein. Die EU darf auch nicht – insbesondere von Russland – als handlungsunfähig wahrgenommen werden. Aus meiner Sicht wird es deswegen in Zukunft vor allem wichtig sein, dass Entscheidungen in der EU mit Mehrheit getroffen werden können und wir nicht für jede Entscheidung einstimmige Beschlüsse brauchen; denn, meine Damen und Herren, wenn einer alles blockieren kann, dann ist das auch keine Demokratie. Darauf müssen wir hinweisen.

Wir müssen neben weiteren Punkten vor allem auch darauf schauen, dass die Europäische Union ein großes Friedensprojekt ist. Auch das müssen wir wieder nach draußen in die Bevölkerung tragen. Leider haben das viele vergessen. Wir reden lieber nur noch über Green Deal, europäische Traktoren oder über Schuldenunion. Der eine oder andere redet immer noch über den Krümmungsgrad der Banane; das machen vor allem Populisten, um die Europäische Union verächtlich zu machen.

Den Menschen draußen ist es aber wieder bewusster geworden. Die Menschen draußen wissen, dass es ein Kräftegleichgewicht braucht. Die Menschen draußen wissen, dass es Verteidigungsfähigkeit braucht. Die Menschen draußen wissen auch, dass wir Abschreckung leisten müssen; denn mit Scheckbuchdiplomatie und Verhandlungen werden wir nicht mehr weiterkommen.

Ich glaube, wir sind hier in der Realität angekommen. Wir müssen das letztendlich auch als Signal an Putin aussenden: Ein Angriff auf die NATO ist aussichtslos, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Wo er recht hat, hat er recht!)

Wir brauchen dafür natürlich eine wirksame Außen- und Sicherheitspolitik. Alle Staaten – gerade wir in Deutschland – müssen das Zwei-Prozent-Ziel einhalten. Wir müssen sicherheitspolitisch auf eigenen Beinen stehen, gerade weil die USA vielleicht kein Weltpolizist mehr sein möchten.

Wir müssen die Bundeswehr fit machen. Wir brauchen eine starke Reserve. Wir brauchen eine zweite und dritte Linie. In der Ukraine wäre es wahrscheinlich schon viel schlimmer, wenn sie nicht eine entsprechende Reserve hätte. Wir müssen unsere Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bayern unterstützen und ihr Planungssicherheit geben. Wir können und dürfen uns bei der Taxonomie nicht selber im Weg stehen und uns in vorauseilendem Gehorsam dem Zeitgeist – oder dem vermeintlichen Zeitgeist – beugen; denn nur weil wir die Augen vor irgendetwas verschließen, sind die Dinge doch nicht weg.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist ein wichtiger Industriezweig; es handelt sich um Schlüsseltechnologien in Bayern. Wir müssen hier Abhängigkeiten reduzieren und unsere technologische Souveränität bewahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage deswegen: Europa braucht Geschlossenheit; denn nur wer in sich einig ist, ist auch in sich stark. Deshalb geht es bei der Europawahl am 9. Juni auch darum, im Europäischen Parlament durch neue Mehrheiten einen Politikwechsel zu vollziehen. Dazu gehören klare Ansagen.

(Florian von Brunn (SPD): Mit wem wollen Sie denn koalieren?)

Die CSU ist nicht nur die Partei der inneren, sondern eben auch die Partei der äußeren Sicherheit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden unseren Beitrag leisten.

(Johannes Becher (GRÜNE): Aber mit wem Sie koalieren, ist die entscheidende Frage!)

– Wir werden schon einen Partner finden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht als Nächste die Kollegin Kerstin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen!

(Zuruf von der AfD: Oje!)

Vor zwei Monaten machte eine Dame, die an ihrem 100. Geburtstag in unsere Partei eingetreten war, überregional mit der Aussage Schlagzeilen, dass sie sich an den Terror der SA auf den Straßen erinnere, dass sie das nie wieder erleben wolle und dass es deswegen an der Zeit sei, sich jetzt in einer demokratischen Partei zu engagieren.

Ihrem Beispiel folgen viele. Sie engagieren sich als Demokratinnen und Demokraten auf den Straßen, in Parteien, in Verbänden und in Bürgerinitiativen in Deutschland und in Europa. Der oft mühsame und anstrengende Weg, gemeinsam demokratisch Verbesserungen zu erreichen, ist der richtige Weg. Wir gehen ihn in der EU gemeinsam. Das ist das Erfolgsgeheimnis der EU, das uns seit Jahrzehnten Frieden und Wohlstand beschert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Europa ist aber nicht nur demokratisch. Europa ist in den Werten und Programmen auch sozial. Viele Programme der EU ermöglichen den EU-Bürger:innen,

(Andreas Winhart (AfD): Bürger:innen!)

ihre Rechte unabhängig von ihrem finanziellen Status zu bekommen.

Beispiel Verbraucherschutz: Egal, ob man mit der Lufthansa fliegt, mit der Bahn oder mit dem Flixbus fährt, bei einer Verspätung haben alle Reisenden die gleichen Rechte. Das ist sozial; denn das hilft denen, die sich schwertun würden, ein kompliziertes Entschädigungssystem zu nutzen.

Thema Roaming-Gebühren: Seitdem die EU die Marktmonopole der nationalen Telefongesellschaften eingeschränkt hat, ist zu telefonieren und zu surfen billig; vor allem sind die Gebühren immer klar. Davon profitieren so viele, die früher nach einigen Telefonaten im Urlaub die Schockrechnung bekommen hatten.

Die gemeinsame IBAN bei Geldüberweisungen in Europa erleichtert den Handel in der EU enorm. Das hilft natürlich auch den kleinen Händlern und den Kleinunternehmen. Das ist sozial. – Danke, EU!

Auch für Arbeitnehmer:innen verbessert die EU die sozialen Standards. Die Mindestlohnrichtlinie stärkt auch die Tarifbindung. Das ist eine klare Aufforderung an den Bund und die Länder – insbesondere auch an Bayern –, endlich überall Tariftreuegesetze zu verabschieden. Ebenso wird eine Rahmenrichtlinie für einen europäischen Mindestlohn europaweite Standards setzen. Das ist sozial. – Danke, EU!

In Europa können Menschen mit dem europäischen Behindertenausweis überall in der EU reisen, Europa besser erkunden, und sie bekommen Vorteile. Viel ist noch zu tun, gerade bei der Unterstützung von schwerbehinderten Menschen in der EU; aber ein Anfang ist gemacht. Die EU einigt sich auf einen europäischen Behindertenausweis. Auch das ist die EU: sozial.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinzu kommt: In der EU können wir alle unsere Träume umsetzen. Die EU unterstützt uns dabei, sei es ein Schülerpraktikum in Schweden oder ein Auslandssemester in Spanien. Wir können den Arbeitsalltag als Bäcker oder als sonstiger Berufstätiger in Frankreich erleben, die besten Rezepte für Croissants und Baguettes mitbringen oder ganz einfach mit dem Zug durch Europa reisen. Mit DiscoverEU können 6.000 junge Menschen ab 18 Jahren Europa erkunden. Wer noch keinen Job oder noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, kann sich mit dem europäischen Programm ALMA weiterentwickeln. Das alles und noch viel mehr ist mit den Jugendprogrammen der EU möglich.

Der Weg, den die EU geht, ist der richtige: In der EU geht es demokratisch und sozial voran. Wir sind frei in diesem wunderbaren, demokratischen, bunten, vielfältigen und sozialen Europa, und dafür sage ich: Danke, EU!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht die Kollegin Ruth Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns doch noch einmal zusammenfassen, worum es am 9. Juni geht: Es geht darum, wie unser Europa in Zukunft aussehen soll. Daran, wie die Vergangenheit war, möchte ich heute auch noch erinnern. Ich gehöre einer Generation an, die ohne Großväter aufwachsen musste. Meine Großväter sind auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs geblieben. Sie hatten Wörterbücher mit Sätzen dabei, mit denen man mitteilen konnte, dass die Eltern oder der Pfarrer verständigt werden sollen. Viele von uns gehören einer Generation an, in der die Kriegserinnerungen an Gefallene, Vermisste und Verwundete noch Alltag in den Familien waren und sind.

Auch in meiner Familie gab es Flucht, Vertreibung und Nächte in Luftschutzkellern. Mein Bruder und ich gehören zur ersten Generation in unserer Familie, die das nicht selbst erleben musste, aber von den Familienerinnerungen geprägt ist. Solange meine Großmutter lebte, hing in ihrem Wohnzimmer ein Bild der Breslauer Elisabethkirche.

Dort hatte sie geheiratet. Dort war ihr Bruder als evangelischer Pfarrer ordiniert worden. Dort wurde mein Vater getauft. Dorthin wollte sie noch einmal. Nie wieder in ihrem Leben hat sie diese Kirche gesehen.

Ich gehöre aber auch einer Generation an, die im Kalten Krieg aufgewachsen ist. Unsere Autos und Koffer wurden an den Grenzen zu den osteuropäischen Nachbarn gefilzt, und man hatte stets ein Gefühl der Beklemmung; aber meine Generation hatte auch das große Glück, miterleben zu dürfen, dass Mauern und Grenzen gefallen sind, dass unser Europa immer freier, größer und friedlicher wurde, dass Europa wieder eine Einheit wurde. Das ist der Wunsch vieler Länder und der Grund dafür, warum sie diesem unserem Europa angehören wollen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es unser Auftrag, jetzt und in Zukunft dafür zu kämpfen, dass die Geschichtsvergessenen, die Geld- und Befehlsempfänger von Moskau und China keine Macht erhalten, um unser Europa zu zerstören und uns einzuschüchtern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nachdem die Welt im Zweiten Weltkrieg in einem Meer aus Blut, Tod und Tränen versunken ist, haben wir ein großartiges Geschenk bekommen: das Zutrauen, dass wir Demokratie können. Nachdem erst vor wenigen Tagen der Europatag war, können wir feststellen, dass Europa und Demokratie genauso zusammengehören wie Frieden und Freiheit. Weil wir wissen, dass Europa auch junge Menschen begeistert, weil sie an Austauschprogrammen teilnehmen können und schon in jungen Jahren die großartige Erfahrung eines grenzenlosen Europas machen dürfen, hat unsere Bundesregierung mit unserem Bundeskanzler Olaf Scholz das gemacht, was Teile dieser Staatsregierung seit Jahren den jungen Menschen versprechen: Sie hat nämlich das Wahlalter für die Europawahl auf 16 Jahre gesenkt.

(Beifall bei der SPD)

So sieht Teilhabe und Demokratie auf Augenhöhe aus. Unsere Aufgabe für die junge Generation ist es, die Demokratie in Deutschland und Europa zu verteidigen. Wir werden den Klimaschutz und die Modernisierung der Industrie weiter voranbringen. Wir werden unseren Wohlstand und gut bezahlte Arbeitsplätze sichern und ausbauen. Wir wissen auch, dass eine gerechte Sozialpolitik die Geschäftsgrundlage für eine gelingende Demokratie ist.

(Beifall bei der SPD)

Wer will, dass nie wieder Frauen um ihre Männer, Brüder und Söhne weinen müssen, und wer will, dass es selbstverständlich ist, dass Kinder und Enkelkinder ihre Väter und Großväter kennenlernen, darf nicht die Totengräber Europas wählen.

(Beifall bei der SPD)

Wer will, dass nie wieder Großmütter um ihre verlorene Heimat trauern, darf nicht die Feinde der Demokratie wählen. Ich will, dass mein Sohn nur Wörterbücher braucht, in denen etwa Fragen, wo man ein Surfbrett ausleihen kann, wo es eine günstige Übernachtungsmöglichkeit oder das beste Essen der Stadt gibt, übersetzt werden. Das ist das große Zukunftsversprechen Europas: Frieden und Freiheit für alle Generationen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend spricht in dieser Debatte der Kollege Andreas Kaufmann für die CSU-Fraktion.

Andreas Kaufmann (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Als ich gestern noch nicht wusste, dass ich heute hier sprechen darf, und an einem Beitrag arbeitete, der später noch kommt, saß meine Tochter neben mir und las in einem wissenschaftlichen Kindermagazin. Plötzlich las sie laut: Papa, noch nie zuvor war in Europa so lange Frieden wie mit der Europäischen Union, nämlich 70 Jahre. – Ich habe ihr dann im Zusammenhang erklären müssen, warum ich dabei vom früheren Pulverfass Europa sprechen musste, und ver-

binde damit die Hoffnung, dass Sie und unsere Kinder nie wieder die Begriffe Pulverfass und Europa zusammen aussprechen müssen. Ich möchte hier auch die Vorteile betonen, die unseren bayerischen Unternehmen durch die europäische Integration zuteilwerden:

Erstens ermöglicht der gemeinsame Binnenmarkt einen grenzenlosen Zugang für unsere bayerischen Unternehmen zu über 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern. Durch die Abschaffung von Handelshemmnissen und Zöllen innerhalb der EU können bayerische Unternehmen ihre Produkte und ihre Dienstleistungen ohne bürokratische Hindernisse in ganz Europa anbieten.

Zweitens bieten europäische Förderprogramme wie der Europäische Fonds für regionale Entwicklung unseren bayerischen Unternehmen finanzielle Unterstützung für Innovation, Forschung und Entwicklung. Diese Mittel helfen, neue Technologien zu erschließen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.

Drittens ermöglicht die gemeinsame Währung, der Euro, stabile Handelsbeziehungen, eine Sicherheit vor Währungsschwankungen und eine solide Grundlage für Verhandlungen und Geschäfte. Insgesamt tragen die wirtschaftlichen Vorteile der europäischen Integration maßgeblich zum Erfolg und zur Stabilität bayerischer Unternehmen bei. Die wirtschaftliche Zukunft liegt auch weiterhin in Europa, und ich mag mir gar nicht ausmalen, wie es hier ohne die EU aussehen würde.

(Beifall bei der CSU)

Die EU ist stabil, und ich befürchte auch nicht, dass sie so schnell zur Geschichte wird. Sie sorgt für Wohlstand, und Wohlstand ist ein Garant für Stabilität und Freiheit. Grundlage hierfür ist die europäische Demokratie, und dafür lohnt es sich, hart zu arbeiten und auch zu kämpfen.

Der European Green Deal war die Agenda der letzten Jahre. Das war ein wichtiger und guter Impuls; unsere Aufgabe ist es aber, ihn mit Maß und Ziel umzusetzen, und

vor allem mit Anreizen statt Zwängen. So erreichen wir eine hohe Zustimmung für die EU und für eine sichere Zukunft. Ich kann nur dazu auffordern, Europa weiterhin positiv zu denken und vor allem auch positiv zu leben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.